



SEEHEIMER KREIS

Mut zu mehr

Steuergerechtigkeit stärken
Ungleichheit bekämpfen



Mut zu mehr Steuergerechtigkeit stärken Ungleichheit bekämpfen

Beim Thema Steuern und Abgaben geht es immer um die Frage nach sozialer Gerechtigkeit – es ist somit ein zutiefst sozialdemokratisches Thema. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen Tag für Tag Politik für die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger, die sich an die Regeln halten und den Wohlstand dieses Landes erwirtschaften. Dass die soziale Ungleichheit in diesem Land wieder zunimmt, können wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass alle an diesem Wohlstand teilhaben.

Populisten von rechts und links lenken in ihren Debatten ab von den großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wir aber reden über die Zukunft der Arbeit, eine sichere Rente sowie eine klima- und umweltverträgliche Industriepolitik und geben handfeste Antworten. Wir wissen, dass diese Themen nicht nur die SPD, sondern die Mehrheit der Menschen in diesem Land umtreibt. Und wir wissen, dass wir mit unseren Antworten die Ungleichheit wieder ins Lot bringen können.

Dabei ist es falsch zu behaupten, dass man soziale Ungleichheit mit einem einzigen Gesetz, mit einem Vorhaben, mit einem einzigen Plan besiegen könnte. Soziale Ungleichheit hat viele Ursachen und jede einzelne müssen wir angehen, denn: **Mehr Gleichheit ist wirtschaftlich richtig, politisch notwendig und sozial gerecht.**

Die SPD steht für diesen Fortschritt.

Die SPD stand schon immer auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; sie schützte diejenigen, die schutzbedürftig waren; stärkte die, die kein anderer stärken wollte. Soziale Gerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze sind wichtig für eine lebenswerte und funktionierende Gesellschaft und sichern unser aller Wohlstand.

Einer der wirksamsten Hebel, um das Leben von vielen Menschen auf struktureller Ebene zu verbessern, ist dabei die Steuerpolitik. Steuern berühren verschiedenste Aspekte von Gerechtigkeit. Sie berühren die Menschen im Alltag, sei es zu Hause, in der Freizeit oder auf der Arbeitsstelle. Steuern und Finanzen müssen wieder ein Thema werden, das von allen Genossinnen und Genossen diskutiert werden kann – an Infoständen, auf Veranstaltungen oder mit Familie und Freunden.

Wir müssen deutlich machen, dass Gerechtigkeit in der Steuer- und Haushaltspolitik auf **zwei Säulen** beruht. Die erste Säule ist ein **gerechtes Steuersystem**: Starke Schultern können mehr tragen. Die zweite Säule ist eine **Haushaltspolitik**, deren Hauptziel – neben der Finanzierung staatlicher Kernaufgaben wie z. B. innerer und äußerer Sicherheit – vor allem die **Vermeidung bzw. Minderung**

großer sozialer Ungleichheiten ist. Das bedeutet für uns, dass Steuergelder künftig noch gezielter in die Institutionen und Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den staatlichen digitalen Netzausbau und Wohnungsbau fließen müssen. Nur so garantieren wir allen Menschen in unserem Land **von Anfang an gleiche Chancen** und ermöglichen ihnen in jeder Lebensphase die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für jede und jeden garantieren wir dadurch, indem wir unser Sozialversicherungssystem solidarisch weiterentwickeln. Wir fordern deswegen nicht nur schnellstens die Einführung der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung als weiteren Baustein unseres Rentensystems, sondern wollen eine Bürgerrente, in die alle Menschen im berufstätigen Alter einzahlen und aus der alle ihre sichere Rente nach dem Erwerbsleben beziehen.

Zudem stehen wir ein für ein einheitliches Versorgungssystem bei den Krankenkassen. Wir wollen, dass **ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger in eine Bürgerversicherung** einzahlen, und deren Beitragssatz sich nicht nur aus dem Erwerbseinkommen, sondern auch aus Kapitaleinkünften unter Berücksichtigung eines jährlichen steuerrechtlichen Sparerpauschbetrags generiert. So sichern wir hohe Qualität, können kleine und mittlere Einkommen entlasten und bauen zudem Ungleichheit ab.

Mit den nunmehr hohen Rücklagen der Krankenkassen soll auf Betriebsrenten zukünftig nur noch der halbe Beitragssatz entrichtet werden. Damit würden wir das Vertrauen in die betriebliche Altersvorsorge wieder stärken und die von vielen Beschäftigten als grobe Ungerechtigkeit empfundene **Doppelverbeitragung wieder abschaffen**.

Für die weitere Stärkung des Gesundheits- und Rentensystems ist eine Steigerung des Steueranteils bei der Finanzierung notwendig. Die hierfür benötigten Mehreinnahmen wollen wir durch die folgenden Maßnahmen erzielen.

Ein konkreter Plan – für soziale Gerechtigkeit.

1. Steuergerechtigkeit stärken

Die SPD hatte seit der Wirtschafts- und Finanzkrise vehement eine **Finanztransaktionssteuer** gefordert. Finanzminister Olaf Scholz setzte sich seit seinem Amtsantritt auf internationaler Ebene dafür ein. Nun gibt es konkrete Vorschläge, wie der Einführung ab 2021 aussehen soll. Perspektivisch fordern wir neben der Einbeziehung von Aktien auch die von Derivaten.



Zudem haben wir uns auf G20-Ebene dafür eingesetzt, eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen einzuführen, insbesondere auch für die großen Digitalkonzerne. Sollte eine internationale Verständigung nicht gelingen, wollen wir bis spätestens Januar 2021 eine europäische Digitalsteuer auf den Weg bringen und nötigenfalls hierfür auch mit einer Gruppe von fortschrittwilligen Staaten in der verstärkten Zusammenarbeit vorangehen. Denn auch und besonders billionenschwere Unternehmen dürfen sich nicht vor Steuern drücken.

Zudem müssen alle Steuervergünstigungen in Deutschland hinsichtlich einer Lenkungswirkung überprüft werden. Das alles darf jedoch nicht zu einer Belastung für kleinere und mittlere Einkommen führen – denn wir kämpfen für eine gerechte Verteilung der Steuerlast! Generell gilt: Privater Reichtum muss mehr für das Allgemeinwohl herangezogen werden. Deswegen ist es gut, dass durch die Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögensteuer dieses Thema wieder in den Vordergrund gerückt ist.

Gerecht ist es, die **Spitzensteuersätze** so zu verändern, dass der Solidaritätszuschlag ganz abgeschafft werden kann. Deswegen soll der derzeitige Spitzensteuersatz von **42% erst ab einem Einkommen von 90.000 €** greifen. Ab einem Einkommen von **125.000 € soll er auf 45%** steigen. Auf Spitzensteuereinkommen **oberhalb von 250.000 €** wollen wir den Steuersatz **auf 49%** anheben.

Gerecht bedeutet außerdem, die **Abgeltungsteuer für alle Kapitaleinkünfte abzuschaffen** und durch einen persönlichen Einkommensteuersatz zu ersetzen. Es gilt: Nicht die Einkünfte aus Kapitalerträgen müssen wir steuerlich begünstigen, sondern die Einkünfte aus Arbeit.

Gerecht ist eine effektive und **bundesweit einheitlich angewendete Erbschaftsteuer**. Jährlich werden in Deutschland zwischen 250 und 400 Milliarden Euro vererbt. Bei der Besteuerung von Erbschaften sollen Familien weiterhin großzügige Freibeträge gewährt werden, sodass das (groß-)elterliche Haus nicht zur Tilgung der Steuerlast verkauft werden muss. Auch sollen große Firmenvermögen so besteuert werden, dass kein Risiko für die finanzielle Liquidität des Unternehmens und die Arbeitsplätze der Angestellten entsteht. Konkret kann das bedeuten, dass alle Erbschaften - egal, ob für Privatleute oder Firmen - oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro pro Person mit 10 Prozent besteuert werden. Diese 10 Prozent können unter Entfall sämtlicher Ausnahmen über eine Zeitspanne von zehn Jahren abgezahlt werden.

Wir wollen auch die vielen fleißigen und ehrlichen Unternehmen in unserem Land stärken. Das geht nicht nur über Steuersenkungen, sondern vor allem über eine **Entlastung bei der Bürokratie**. Daher wollen wir die Aufbewahrungspflichten von Rechnungen und anderen steuerlich relevanten Unterlagen auf fünf Jahre senken.

Durch die beschriebenen Maßnahmen – die Abschaffung

der Abgeltungsteuer, die Verbeitragung von Kapitaleinkünften bei der Krankenversicherung, die gestaffelte Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie die Erbschaftsteuer – schaffen wir es, die wachsende Ungleichheit von Vermögen wieder in ein gesellschaftlich unkritisches Lot zu bringen. Gleichzeitig sollen die Einnahmen aus der Vermögensteuer, Digitalsteuer und der Finanztransaktionssteuer stabile Beitragssätze bei der gesetzlichen Rentenversicherung über das Jahr 2040 hinaus garantieren sowie die Finanzierung der Bürgerversicherung und der gesetzlichen Pflege sichern.

2. Steuerbetrug bekämpfen

Der Kampf gegen Steuerbetrug und -vermeidung bleibt europaweit weiter eine große Herausforderung. So entgehen den EU-Staaten Schätzungen zufolge jährlich rund 825 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung. Der Anteil in Deutschland beträgt dabei allein ca. 125 Milliarden Euro. Ein Volumen von mehr als einem Drittel des Bundeshaushalts. Eine unerträglich hohe Zahl angesichts der Schuldenberge in den europäischen Staaten.

Deshalb werden wir die Zusammenarbeit der Behörden auf europäischer Ebene und auf Länderebene in Deutschland verbessern. **Wir stärken mit zusätzlichem Personal und Ausstattung den Steuervollzug, Betriebsprüfungen und Steuerfahndung**. Nur so sind die Finanzbehörden in der Lage bereits beschlossene Gesetze konsequent umzusetzen, wie beispielsweise das Registrierkassengesetz 2020, mit dem wir den Umsatzsteuerbetrug in besonderem Maße bekämpfen können. Bei der Ausfuhr von Kassenzetteln fordern wir eine Bagatellgrenze von 175 Euro.

Staatsanwaltschaften und Finanzbehörden müssen besser zusammenarbeiten und sich vernetzen, um in Echtzeit Betrugsfälle bearbeiten zu können. Perverter Kapitalismus, der in hemmungslosem Staatsbetrug durch nicht berechnete Steuerrückzahlungen oder mehrfache Steuerrückerstattungsforderungen – sogenannte Cum-Cum bzw. Cum-Ex-Geschäfte – ausartet, müssen wir einen Riegel vorschieben. Ein nochmaliges „Cum-Ex“ oder „Cum-Cum“ können sich Deutschland und Europa weder erlauben noch leisten. **Unsere Finanz- und Justizbehörden müssen schlagkräftiger organisiert sein als die Betrüger**. Die übergroße Anzahl ehrlicher Unternehmerinnen und Unternehmer müssen wir entlasten und schützen, die unehrlichen jedoch stärker bestrafen. Auch wollen wir die so genannten Share Deals verbieten.

Zudem braucht es konsequentere Maßnahmen gegen Sozialmissbrauch und -betrug. Wir begrüßen hierzu, dass der Bundestag vor kurzem das Gesetz „Illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen“ beschlossen und somit den Zoll mit besseren Befugnissen ausgestattet hat.

Wir müssen klarstellen: Steuerhinterziehung und Sozialmissbrauch sind keine Kavaliersdelikte, sondern Straftaten,



die strenger geahndet und bestraft werden müssen. Die Möglichkeiten zur Steuervermeidung wollen wir konsequent einschränken.

3. Mehrwertsteuersätze

Dringend nötig ist es, die **Mehrwertsteuersätze** umfassend auf allen Feldern **zu überprüfen und anzupassen**. Über die Jahre hinweg hat sich hier ein Sammelsurium an Absurditäten gebildet. Wir wollen hier das System vereinfachen und zugleich Anreize schaffen. Dinge, die zum alltäglichen Leben gebraucht werden, dürfen nicht stärker besteuert sein als „Luxusgüter“.

4. Materielle Sicherheit

Materielle Sicherheit für alle baut Ungleichheit ab. Deshalb müssen wir unsere Politik darauf ausrichten, dass auch einkommensschwache Menschen Ersparnisse und Vermögen zum Lebensunterhalt aufbauen können und nicht zusätzlich durch neue Steuern oder Bepreisungen belastet werden. Dazu gehört aber, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ordentliche und faire Löhne bekommen. Ein fairer Lohn beginnt für uns mit einem **Mindestlohn ab 12 Euro, flächendeckende Tariflöhne** zu erreichen ist aber unser maßgebliches Ziel.

Einkommensschwache Haushalte können auch dann mehr Vermögen aufbauen, wenn sie an anderer Stelle entlastet werden. So kann der Staat mit öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau dafür sorgen, dass nicht ein Großteil des Einkommens für Miete - die Mietbelastungsquote sollte 25% möglichst nicht überschreiten - ausgegeben werden muss.

Öffentlicher Wohnungsbau heißt, dass sozialverantwortliche Wohnungsbauunternehmen zusammen mit der öffentlichen Hand nachhaltig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen und somit Wohnraumspekulation eindämmen. Dafür müssen wir die städtischen und kommunalen Wohnungsbauunternehmen stärken und sie finanziell in die Lage versetzen, vor allem bezahlbare Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung zu bauen. **Bezahlbarer Wohnraum in Innenstädten sorgt für eine Sozialstruktur, in der verschiedene Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichen Einkommensschichten miteinander leben können.** Dafür müssen wir die städtischen und kommunalen Wohnungsbauunternehmen stärken und sie finanziell in die Lage versetzen, Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung und bezahlbare Wohnungen zu bauen. Index- und Staffelmieten wollen wir verbieten. Keine Bevölkerungsgruppe soll an die Stadtgrenzen gedrängt werden.

Zugleich wollen wir über öffentliche oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften **Anreize zum Mietkauf** schaffen. Dabei wird den Mieterinnen und Mietern ermöglicht, ohne Eigenkapital über eine stabile monatliche Ratenzahlung selbst Immobilieneigentümer zu werden.

Wir wollen eine **vergünstigte Abgabe öffentlicher Grundstücke an gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften ermöglichen**, um den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum für junge Menschen und einkommensschwache Haushalte zu fördern. Dies kann beispielsweise über Erbpachten erfolgen.

Schneller Wohnungsbau braucht aber auch die schnelle Mobilisierung von Bauland. Dafür sollen öffentliche Grundstücke vorrangig verwendet werden. Für Kommunen wollen wir das Vorkaufsrecht dafür ausweiten. Die Nutzung des Erbbaurechts durch Dritte zur Bebauung öffentlicher Baugrundstücke wollen wir als weitere Säule für schnellen, bezahlbaren Wohnungsbau nutzen.

Viele Kommunen brauchen Unterstützung, um bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu schaffen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen wir nur, in dem sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam unterhaken, um Bauland zu generieren. Oftmals müssen dazu auch Grundstücke rekommunalisiert werden, die Finanzierung wollen wir unter anderem mit einem „Zukunftsfonds Deutschland“ sicherstellen.

5. Zukunftsaufgaben meistern – Innovation vorantreiben

Zur Finanzierung von Zukunftsausgaben soll der Staat einen **„Zukunftsfonds Deutschland“** nach dänischem Vorbild einrichten. Dieser soll sich aus Einlagen von verschiedenen Kapitalsammelstellen speisen. Damit soll kurzfristig, wie zuvor beschrieben, das Wohnungsthema angegangen werden, um schnell bezahlbaren Wohnraum in Deutschland zu schaffen.

Mittelfristig soll aus den vorhanden finanziellen Mitteln der Wirtschaftsstandort Deutschland direkt gestärkt werden. Denn **Wagniskapital** wird hierzulande kaum generiert, sodass beispielsweise unsere Start-up-Szene kaum Chancen hat, sich in Deutschland **über die Gründungs- und Anfangsphase hinaus zu halten**. Der „Zukunftsfonds Deutschland“ soll neue Ideen und zukunftsweisende Technologien, die hierzulande Wachstumstreiber sein können, vorantreiben. Das **Einlagerisiko soll breit gestreut werden**, der Staat muss hierauf eine **Bundesgarantie** geben und die Rendite aus innovativen Produkten „Made in Germany“ wieder zurück an den Fonds gehen.

Den Wohlstand für morgen sichert langfristig auch die **Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung**. Der Bund muss diese bei mindestens 3,5 Prozent vom BIP verstetigen. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen die besten Arbeitsbedingungen vorweisen und sollen ihr Know-how nicht mit Finanzierungsproblemen bremsen müssen. Aus innovativen Durchbrüchen aus Forschungsergebnissen, die direkt vom Staat finanziert werden, soll der Staat Rendite erhalten, die ebenfalls in den „Zukunftsfonds Deutschland“ fließen. Dies dient langfristig dem Allgemeinwohl und sichert zugleich den Wohlstand für morgen.



Soziale Politik, realisiert durch gerechte Steuern. Und zwar nur mit der SPD.

Wir Sozialdemokraten stehen seit jeher für eine gerechte Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die von uns geforderten Steuerreformen ermöglichen allen, die in unserem Land leben, ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Leben. Im Gegensatz zu anderen Parteien bringt die **SPD dabei soziale Kompetenz und nachhaltiges Denken überein** – den Wählerinnen und Wählern muss klar sein, dass ein Kreuz bei den Sozialdemokraten ein Kreuz für pragmatische Politik bedeutet, die sich alleine am Bürgerwohl orientiert.

Auch wenn die zu lösenden Aufgaben groß sind: Wir sind davon überzeugt, dass unsere Reformen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Gerechtigkeit nicht nur voranzutreiben, sondern sie in das tägliche Lebensgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger zu integrieren. **Gerechtigkeit muss, davon sind wir überzeugt, eine Selbstverständlichkeit sein – für diejenigen, die Politik betreiben, muss sie bestimmender Faktor jeder Entscheidung sein;** für diejenigen, die in unserem Land leben, muss sie als direkte Konsequenz dieser Politik wahrgenommen werden.

SEEHEIMER KREIS in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de
www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis